

1 EINLEITUNG

„Wie hätte es anders sein können, das Volk im *Ail* darbt, selbst das karge Auskommen in den Kolchosen aus dem Jahrhundert der Leibeigenschaft war futsch. Man schlug sich durch bei schwerer Arbeit und mit einem kleinen Handel da und dort und, wenns nicht anders ging, auch mit Klauen und Stehlen. Ein Licht am Horizont war wieder nicht in Sicht, man sagt zwar: Mach doch ein *Bisnes* auf! Aber was soll es denn sein? Karotten ausbuddeln und Heu ernten... Dafür hast Du die Freiheit, heißt es, aber die Freiheit ist kein Zuckerschlecken. Ohne Auskommen ist das eigentlich wie leeres Stroh dreschen. Das ganze dörfliche Elend hat man bisher auf die Übergangsperiode geschoben, also bringen wir das hinter uns!“

Tschingis AITMATOW (2007:108)

Die unmittelbare Abhängigkeit von Land- und Naturressourcen für die Sicherung der eigenen Existenz erscheint Mitgliedern arbeitsteiliger postmoderner Gesellschaften häufig als anachronistisch, dabei ist sie (immer noch) Lebensrealität für einen Großteil der globalen Menschheit. Die Sorge um eine gute Ernte, die Ungewissheit nach mittelfristiger Erschöpfung der Ressourcenbasis oder Konflikte um Zugangs- und Nutzungsrechte sind als Faktoren alltäglicher Überlebenssicherung keineswegs ein Relikt prämoderner Gesellschaften, sondern (wieder) reale Herausforderungen auch in Gesellschaften, die durch vielfältige Modernisierungsmaßnahmen intensiv transformiert wurden. Menschen in Peripherien und ihr vermeintlich seit alters her unveränderter Kampf mit der Umwelt um das eigene Überleben verlieren die Aufmerksamkeit von Politik und Wissenschaft, die sich verstärkt auf die sich stetig beschleunigenden Entwicklungen in den globalen Meinungs- und Ökonomiezentren richtet. Dabei sind ländliche Räume jenseits globaler, nationaler oder regionaler Steuerungszentren genauso wenig „Entschleunigungsasen“ wie die Forschung über dieselben. Denn selbst marginalisierte Gesellschaften leben keineswegs nach Prämissen der Vormoderne oder nach unveränderten indigenen Traditionen, vielmehr sind sie und ihr Bemühen der Lebenssicherung maßgeblich beeinflusst von globalen Strömungen und Evolutionen, sind eingebunden in globale Wirtschaftskreisläufe und betroffen von weltpolitischen Ereignissen. Gleichzeitig sind ihr Verhältnis zur natürlichen Umwelt und ihre Abhängigkeit von dieser vielerorts und vielfach von existentieller Relevanz, während die Summe ihrer Handlungen und ihr Umgang mit der Umwelt für das Wohlergehen der Menschheit eine nicht unerhebliche Signifikanz besitzen.

Für die Menschen Mittelasiens, einer jahrzehntelang sozialistisch modernisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft, bedeuteten das Ende des sozialistischen Experiments und die Auflösung der Sowjetunion einen tiefen Einschnitt in gewohnte Lebensweisen und Alltagsroutinen. Dieser politische Systemwechsel, der mit tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen einherging und eine Weltregion in das Blickfeld der interessierten Öffentlichkeit rückte, die zuvor außerhalb des sowjetischen Einflussgebietes wenig bekannt war, gilt gemeinhin

als *die* entscheidende Zäsur in der jüngeren Geschichte der fünf neu gegründeten Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, die einen Wandel sämtlicher anthropogen induzierter Systeme einleitete. Einer historischen Analyse hält die Vorstellung des unikalen Ereignisses jedoch nicht stand. Der Kollaps der UdSSR stellt vielmehr nur die jüngste politisch-gesellschaftliche Umwälzung in einer Reihe anderer Systemumbrüche dar. Denn mindestens drei historisch bedeutsame Ereignisse forderten seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Bewohnern Mittelasiens große Wandlungsbereitschaft und Adaptionfähigkeit ab: Die schrittweise Eroberung und Penetration Mittelasiens durch das Russische Zarenreich im 19. Jahrhundert, der Sturz des Russischen Zaren und die Machtergreifung durch die Bolschewiki im Revolutionsjahr 1917, deren gesellschaftliche und ökonomische Wirkmächtigkeit in den Kollektivierungskampagnen zu Beginn der 1930er Jahre gipfelte, sowie schließlich das Scheitern des staatssozialistischen Modells mit der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991.

Die Übernahme der Macht und Administration durch das Russische Reich bedeutete für die autochthone Bevölkerung Mittelasiens nicht nur eine Änderung der Herrschaftsstrukturen und zuständigen Institutionen, sondern auch das Aufkommen von externen Konkurrenzen um Land und Ressourcen. Mit der Oktoberrevolution begann eine zunächst durch institutionelle Unsicherheiten gekennzeichnete Phase, in der in Mittelasien Nationen geschaffen und Grenzen gezogen wurden, sich aber gleichzeitig die massive Einwanderung von Russen verstärkte und eine zentralistische sowjetische Machtstruktur zu festigen begann. Die Kollektivierungskampagnen unter Stalin mit erzwungener Sedentarisierung von Nomaden, systematischen Enteignungen und Verfolgungen erschütterten auf brutalste Weise massiv die traditionelle Lebensweise und das bestehende Gesellschaftssystem und führten zu einem Totalumbau von Ökonomie und Gesellschaft.

Das Ende der Sowjetunion war in den neu gegründeten, zuvor niemals eigenständigen Staaten Mittelasiens mit großen Hoffnungen auf Demokratie, freie Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung verbunden. Zweifellos haben die seitdem eingesetzten Prozesse zu Entwicklungen geführt, die nicht wenige der betroffenen Menschen als Verbesserungen bezeichnen würden. Viele andere jedoch erleben die „neue Zeit“, in der Korruption, Nepotismus und autoritäre Herrschaftsstrukturen prävalent sind, als problematische Herausforderung. Bis heute hat sich keine den westlichen „Vorbildgesellschaften“ entsprechende Zivilgesellschaft etabliert, Menschenrechte werden nicht eingehalten und nicht alle profitieren von der privatisierten, marktwirtschaftlichen Entwicklung. Stattdessen sind ein Verlust an Sicherheiten, Destabilisierung und eine Prekarisierung der Lebensverhältnisse für weite Teile der Bevölkerung alltägliche Realität, insbesondere in ländlichen, peripheren Regionen, wie dem Untersuchungsgebiet dieser Studie. Das in den 1990er Jahren als Musterland Mittelasiens, als „Helvetistan“ oder „Schweiz Zentralasiens“ hoch gelobte Kirgistan, das sich einem marktliberalen Kurs verschrieb, in dem aber auch Presse- und Meinungsfreiheit größer waren als in anderen Staaten der Region, zeigt sich heute als ein semifragiler Staat mit einer vergleichsweise schwachen Wirtschaftsleistung, einem fragwürdigen Demokratieverständnis und einer der höchsten Korruptionsraten der Erde.

In ländlichen Räumen Zentralasiens, in denen der primäre Sektor zur Sicherung des Lebensunterhalts bis heute eine bedeutende Rolle spielt, kommt der Frage nach dem Umgang mit der natürlichen Umwelt, dem Zugang zu Naturressourcen und deren Extraktion eine große Bedeutung zu. Hier setzt die vorliegende Arbeit an und fokussiert die sich im Verlauf der Geschichte wandelnden Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt in Mittelasien. Am Beispiel eines verhältnismäßig kleinräumigen Areals von naturnahen Mischlaubwäldern im südwestlichen Tien Schan sollen die verschiedenen Muster der anthropogen induzierten Determination von biotischen Entitäten zu Ressourcen, die Verlagerungen von Interessen an diesen sowie das Management und die faktische Nutzung von Land und Naturressourcen seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute über die drei genannten Systemumbrüche hinweg nachgezeichnet, analysiert und vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Debatten von Politischer Ökologie, Transformations-, Postsozialismus- und Postkolonialismusforschung interpretiert werden. Die Vielfalt der Gehölze dieser global einzigartigen Wälder, von denen die Walnuss die dominante Art darstellt, impliziert nicht zwangsläufig die Notwendigkeit ökonomischer Ausbeutung oder den Impuls der Schutzwürdigkeit. Vielmehr sind ökonomische Nutzung oder ökologische Schutzinteressen erst Folgewirkungen einer gesellschaftlich geprägten und politisch ermöglichenden oder beschränkenden Interpretation von Naturräumen, Landschaften oder Umweltelementen. Politische Zielvorstellungen, Strategien und Prozesse der jeweiligen Epoche geben vor, in welcher Art und Weise Umwelt verwaltet und genutzt werden soll, sie eröffnen Handlungsfelder und legen Grenzen für Handlungen fest, womit Austauschprozesse ermöglicht oder beschränkt sowie Wirtschaftsweisen, Ressourcennutzungsformen und Rauman eignungen auf lokaler Ebene wesentlich beeinflusst werden. Umweltnutzung findet nie im herrschaftsfreien Raum statt und ist somit immer von äußeren politischen Rahmenbedingungen geprägt – Umwelt ist politisiert.

Gleichzeitig ist jede Art des Managements und der Nutzung von Umwelt, Natur oder wie auch immer definierten Ressourcen institutionell fassbar. Daraus leitet sich die forschungsleitende Prämisse ab, wonach die angesprochenen historischen Zäsuren und die ihnen jeweils folgenden Phasen zu Neukonfigurationen institutioneller Arrangements und regulierender Organisationen führen. Institutionen, die Management und Nutzung von natürlichen Ressourcen oder territoriale Aneignungsbemühungen regeln, sind durch die jeweiligen Herrschaftsstrukturen geprägt. Mit anderen Worten, die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen geben vor, wer wie und in welcher Form natürliche Ressourcen nutzt oder nutzen darf.

Die radikalen Wechsel politischer Herrschaftsformen in Mittelasien, die jeweils mit einer Umstülpung des Wirtschaftssystems und damit einhergehend divergierenden ökonomischen Austauschprozessen und Zielen verbunden waren, führten zu Wandlungen der Nutzung und Aneignung von Raum und Ressourcen. Bei der Analyse dienen daher die historischen Zäsuren als Leitlinien und erlauben es, die Relevanz politischer Systemwechsel für das Mensch-Umwelt-Verhältnis herauszuarbeiten. Die übergeordnete Leitfrage lautet daher: In welcher Weise

beeinflussen die politischen Systeme mit ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Subsystemen das Verhältnis von Mensch und Umwelt in Mittelasien?

Verortet in einem konkreten Raum im postsozialistischen Kontext einer ehemaligen Sowjetrepublik soll die Studie in erster Linie einen Beitrag zur Postsozialismusforschung leisten. Hier möchte sie sich mit ihrer diachronen Analyse der Mensch-Umwelt-Interdependenzen in einem Feld positionieren, das bisher wenig Berücksichtigung gefunden hat. Die Postsozialismusforschung stellt heute zweifellos ein sehr produktives Forschungsfeld dar, in dem jedoch politik- und wirtschaftswissenschaftliche Studien dominieren, und in dem auf Mittelasien fokussierte sozialwissenschaftliche Arbeiten meist im Rahmen von *Area Studies* erfolgen. Innerhalb der Geographie findet einerseits eine verstärkte Hinwendung zu postsozialistischen Räumen statt, andererseits spielen Arbeiten zu Mittelasien derzeit eine eher marginale Rolle. Die inzwischen in größerer Anzahl durchgeführten physisch-geographischen Studien in Mittelasien sind hiervon auszuklammern, da in diesen Fällen der postsozialistische Raum weniger in seiner politischen und gesellschaftlichen Prägung von Interesse ist, sondern eine naturräumliche Arena für die Untersuchungen darstellt. Bewusst bleibt an dieser Stelle der Begriff der Transformationsforschung zunächst ausgeklammert, da die dahinter stehende Idee eines teleologischen, linearen Entwicklungsmodells problematisch ist. Ein kurzer Blick auf den ländlichen Raum Kirgistans, in dem seit einigen Jahren wieder Pferde zum Pflügen eingesetzt werden, verdeutlicht die Unzulänglichkeit einer solchen Vorstellung und die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Im Frühjahr 2007 machte ich die Beobachtung, wie sich ein Bauer beim Pflügen seines Feldes mit Hilfe eines Pferdes über sein Mobiltelefon mit seiner Schwester in Moskau über die neueste im kirgisischen Fernsehen ausgestrahlte brasilianische Telenovela unterhielt.

Neben der Nähe zur Postsozialismusforschung versteht sich die vorliegende Studie unter Berücksichtigung von Konzepten wie Verwundbarkeit, Resilienz und *Livelihood* sowie unter Einbezug postkolonialer Denkansätze auch als ein Beitrag zur geographischen Entwicklungsforschung. Denn die Probleme der Menschen in den postsozialistischen Staaten Mittelasiens sind heute in vielen Bereichen ähnlich gelagert wie für jene in der Peripherie „klassischer“ Entwicklungsländer.

Schließlich bildet das Verhältnis von Mensch und Umwelt einen Kernpunkt der Studie, die auf empirischer Datenerhebung basierend mit einem Fallbeispiel einen Beitrag zur geographischen Mensch-Umwelt-Forschung leisten möchte. Konkret wird der Analyserahmen der Politischen Ökologie angewendet und soll durch die spezifische Untersuchung im postsozialistischen Raum eine mögliche Erweiterung erfahren.

Die vorliegende Untersuchung ist in einer Weltregion verortet, die einen wichtigen Übergangsraum zwischen West und Ost darstellt und aufgrund ihres Ressourcenreichtums und ihrer Scharnierfunktion am Rande weltpolitisch bedeutender Konflikträume verstärkte Aufmerksamkeit auf sich zieht. Allerdings geht es in dieser Studie nicht um die globale Bedeutung der Großregion, sondern um eine Erweiterung der Kenntnisse zu postsozialistischen Transformationsprozessen um jene Gruppen und Regionen, die gewöhnlich als Letzte Aufmerksamkeit er-

fahren. Mit dieser auf Akteure, Institutionen und Management von Naturressourcen konzentrierten Arbeit soll ein Beitrag zum besseren Verständnis von postsozialistischen Transformations- und Dekolonialisierungsprozessen geleistet werden, da hierdurch verdeutlicht wird, was diese oft nur auf Herrschaftsebene betrachteten Wandlungen für die Menschen in den Peripherien konkret bedeuten.

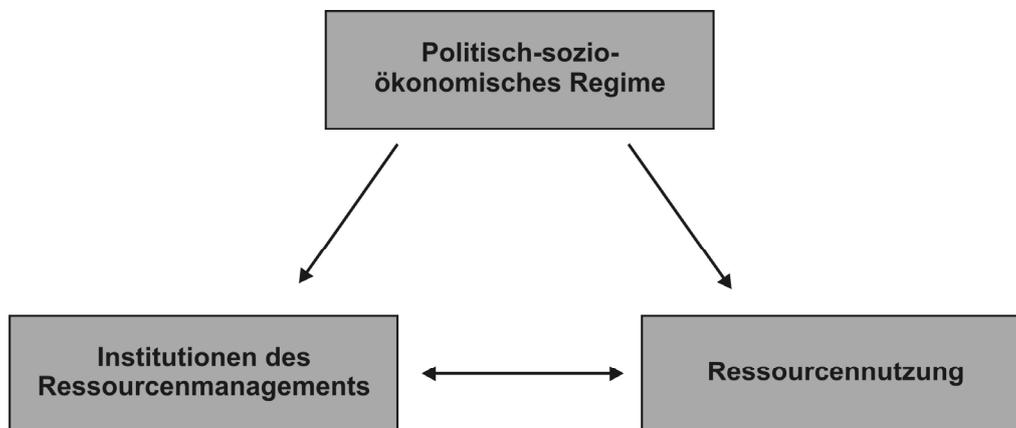
Der gegenwärtige als globales Problem definierte Umweltwandel muss als eine Folge aller weltweit in verschiedensten Kontexten sich ereignender Prozesse gesehen werden, die eingebettet sind in historische, politische und gesellschaftliche Kontexte und die in einem spezifischen naturräumlichen Umfeld stattfinden. Mit der Konzentration dieser Studie auf einen kleinen Raum werden zwar lokale Besonderheiten in idiographischer Weise hervorgehoben, allerdings ist nur durch solch eine Fokussierung ein tiefer gehendes Verständnis vergangener und gegenwärtiger Prozesse möglich. Gleichzeitig macht sie Problemkonstellationen sichtbar, die mit dem Umgang mit knappen Naturressourcen einhergehen und die auf andere Regionen mit Ressourcenmangel und unvorteilhaft gestalteten Nutzungsrechten übertragbar und damit erklärend sein können.

So soll die Studie letztlich auch aufzeigen, wie weltpolitische Ereignisse einerseits Auswirkungen auf periphere Räume und marginalisierte Gesellschaften haben, wie andererseits aber auch deren Situation und Handlungen Teil eines globalen Problems darstellen. Sie soll zeigen, wie vordergründig und irrig Statements über vermeintlich archaische Lebensweisen im heutigen Mittelasien sind. Dass sich Bewohner der Siedlung Arslanbob heutzutage regelmäßig im Herbst einem nicht unbeträchtlichen Risiko aussetzen und auf einen Walnussbaum klettern, um Nüsse herabzuschütteln – im Jahr 2007 kamen hierbei in diesem Ort vier Menschen zu Tode –, ist in keiner Weise ein Relikt prämoderner Handlungen, sondern Ergebnis historischer Entwicklungen, politischer Rahmenbedingungen und ökonomischer Nöte sowie individueller Fähigkeiten, die zusammen genommen ein durch Strukturen begrenztes Feld von Handlungsoptionen aufspannen.

1.1 FORSCHUNGSPROBLEM

Im Zentrum der vorliegenden Studie stehen die Interdependenzen zwischen politisch-sozioökonomischen Regimes, Institutionen des Ressourcenmanagements und der faktischen Ressourcennutzung. Die drei für Mittelasien besonders einschneidenden historischen Zäsuren, die Annektierung des Gebietes durch das russische Zarenreich 1876, die Oktoberrevolution 1917 und die Auflösung der Sowjetunion 1991, sowie die in diesem Zuge erfolgten systemischen Umbrüche und Transformationen von Politik, Ökonomie und Gesellschaft führten jeweils zu Restrukturierungen und Neudefinitionen von Besitz- und Nutzungsrechten sowie den sie steuernden Institutionen, zu Wahrnehmungsänderungen von Natur, Natur-elementen und Umweltdiensten sowie zu Modifikationen des Land- und Naturressourcenmanagements. Für die vorliegende Studie spielen dabei die jüngsten postsozialistischen Transformations- und Globalisierungsprozesse eine herausragende Rolle, auf die sich der Großteil der empirischen Datenerhebung bezieht. Das For-

schungsproblem der vorliegenden Arbeit spannt sich somit in einem Dreieck wechselseitiger Beziehungen auf, dessen Ecken sich gegenseitig beeinflussende Komponenten bilden (Abb. 1.1). Damit soll der Zusammenhang zwischen den historisch sich wandelnden strukturellen Rahmenbedingungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit ermöglichenden und beschränkenden Institutionen aufgezeigt werden. Letztere skizzieren wiederum maßgeblich den Handlungsspielraum betroffener Akteure, der zudem durch wirtschaftliche Nöte oder Begehrlichkeiten beeinflusst ist. Hierbei sind unter Akteuren jene an dem Verhältnis von Mensch und Umwelt unmittelbar oder mittelbar involvierten handelnden Menschen oder Gruppen zu verstehen, die sich in direkter Konfrontation mit der physischen Umwelt befinden oder indirekt durch Nachfrage oder die Ausgestaltung von Nutzungsregeln oder Zugangsrechten das Handeln beeinflussen.



© M. Schmidt 2013

Abb. 1.1 Interdependenzen zwischen politisch-sozioökonomischem Regime, Institutionen des Ressourcenmanagements und Ressourcennutzung

Ressourcen und Institutionen

Bevor die Forschungsfragen und -hypothesen vorgestellt werden, sollen zunächst zwei für diese Studie zentrale Kategorien näher erläutert werden – Ressource und Institution.

Die Hochgebirgsumwelt des Untersuchungsraums beinhaltet mannigfaltige mikroklimatische und geomorphologische Bedingungen und damit eine Vielfalt ökologischer Nischen. Abiotische und biotische Elemente sowie Örtlichkeiten werden in ihrer Materialität oder Funktion nur durch anthropogene Zuschreibungen zu Ressourcen. Menschen verleihen ihnen Wert, zeigen Interesse oder artikulieren eine Nachfrage nach spezifischen natürlichen Produkten, Umweltdiensten oder Territorien. Ressourcen sind demnach keine materiellen Beständigkeiten der Natur *an sich*, sondern vielmehr als kulturelle Wertschätzungen zu betrachten: „Resources are not; they become“ (ZIMMERMAN 1933). Sie sind somit als hybride Formen (*socio natures*) weder rein natürlich noch rein gesellschaftlich konstituiert

(SWYNGEDOUW 1999), vielmehr müssen sie als relational und aus sozialen Austauschbeziehungen hervorgehend angesehen werden. Das heißt, die Bewertung von Ressourcen ist unauflöslich mit gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Faktoren verwoben.

Grundsätzlich können Ressourcen in materielle und immaterielle unterschieden werden; GIDDENS (1988:316) etwa differenziert zwischen *allokativen* Ressourcen, die materielle Aspekte der Umwelt wie Rohstoffe, Reproduktionsmittel und produzierte Güter umfassen, sowie *autoritativen* Ressourcen, wozu die Organisation von Raum und Zeit, von Menschen und von Lebenschancen zählen. Unter Kenntnisnahme dieser Unterscheidungen bezieht sich der Begriff der Ressource im Folgenden meist auf materielle Aspekte und besonders auf Naturressourcen.

Naturressourcen oder natürliche Ressourcen sind das Produkt geologischer, hydrologischer und biologischer Prozesse, die anthropogene Bedürfnisse befriedigen und direkte Beiträge zum menschlichen Wohlbefinden liefern, wobei zu unterscheiden ist zwischen endlichen und erneuerbaren Ressourcen. Die endlichen oder erschöpfbaren Ressourcen wiederum können unterteilt werden in solche, die nicht zurück gewonnen werden können wie etwa Brennstoffe, und in recyclebare Ressourcen wie Metalle. Bei den erneuerbaren Ressourcen ist zu differenzieren, ob die Nutzung die Menge und/oder Qualität der Ressourcenbasis mindert oder nicht. Im erstgenannten Fall kann es zur Erschöpfung der Ressourcenbasis kommen, wenn die Kapazität der Erneuerung überschritten wird; mögliche Beispiele hierfür sind das Grundwasser oder der Bestand an Wildtieren oder Wildpflanzen (BRIDGE 2009:490).

Allerdings sind Ressourcen eng mit gesellschaftlichen Faktoren verbunden und eine dynamische Kategorie. So können ökonomische Liberalisierungsmaßnahmen, erleichterte Zugänglichkeiten oder intensivierete Austauschprozesse zu einer Änderung von Wertschätzung und Interessen an Ressourcen sowie zu einer Modifikation der steuernden Institutionen und des an bestimmten Ressourcen interessierten Akteursfeldes führen. Beispielsweise können mineralische Rohstoffe oder biologische Prozesse neu als Ressourcen begriffen werden und eine gesteigerte globale Wertschätzung erfahren, je nach Kenntnissen, ökonomischem Wert, gesellschaftlichen Normen und Erwartungen oder der Verfügbarkeit von Alternativen (BRIDGE 2009:491). Die Vorstellung, was als Ressource aufgefasst werden soll, ist partikulär und ignoriert vielfach andere Vorstellungen vom Wert von Ressourcen, wie ästhetische oder spirituelle.

Da Land und natürliche Ressourcen begrenzt sind, sind der Zugang zu ihnen sowie ihre Nutzung und Kontrolle durch verschiedene Akteure das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse, in denen sich Machtverhältnisse manifestieren. Im Mittelpunkt der Analysen stehen also im Gegensatz zu neomalthusianischen Knappheitsszenarien weniger die Begrenztheit von Ressourcen als vielmehr die soziopolitischen Verhältnisse, die als konfliktfördernde oder entwicklungshemmende Faktoren den Wert von Ressourcen definieren sowie Zugang und Verfügbarkeit steuern.

Institutionen liegen den meisten Mensch-Umwelt-Interaktionen zugrunde, sie legitimieren und prägen die Nutzung von Land und Naturressourcen (BROMLEY

1991). Institutionelle Arrangements bestimmen den Zugang zu Ressourcen und legen fest, wie und von wem verfügbare Ressourcen genutzt werden können. Insbesondere die Arbeiten der Neuen Institutionenökonomie sowie der *Common Property Theory* verdeutlichen, inwieweit institutionelle Arrangements die Nutzung von Land und Ressourcen und damit den Zustand der Umwelt beeinflussen und zum Umweltwandel beitragen (CIRIACY-WANTRUP & BISHOP 1975; NORTH 1986, 1990, 1991; MCCAY & ACHESON 1987; BERKES 1989; OSTROM 1990; BROMLEY 1991; FEENY et al. 1990; OSTROM et al. 1999, 2002). So betont die Common-Property-Literatur die vermittelnde Kraft von Institutionen zwischen Gesellschaft und natürlichen Ressourcen (OSTROM 1990). Dabei ist der Begriff der Institution ein durchaus umstrittenes Konzept. NORTH (1991:97) definiert Institutionen als „humanly devised constraints that structure political, economic and social interaction“ und „consist of both informal constraints (sanctions, taboos, customs, traditions and codes of conduct) and formal rules (constitutions, laws and property rights).“ OSTROM (1992) sieht Institutionen als „the set of rules actually used [...] by a set of individuals to organise repetitive activities that produce outcomes affecting the individuals and potentially affecting others.“ Nach weniger strukturellen Definitionen sind Institutionen einfach vorhersehbare und sich wiederholende Muster (FEENY et al. 1990; LEACH et al. 1999:240) oder gesellschaftlich konstruierte und geteilte Bedeutungen und Praktiken (NORTH 1991). GIDDENS (1986:8) betont die zeitliche Dimension und definiert Institutionen als „commonly adopted practises which persist in recognisably similar forms across generations.“

In diesen Definitionen werden Organisationen selbst nicht als Institutionen betrachtet, sondern als „players, or groups of individuals bound together by some common purpose to achieve objectives“ (NORTH 1990:5). SEN (1981) bezieht den Begriff der Institution jedoch auch auf Organisationen; entsprechend sind in der vorliegenden Studie unter Institutionen sowohl die „rules of the game“ (NORTH 1990) als auch die Instanzen und Organisationen zu verstehen, welche die Spielregeln aufstellen und überwachen.

Demnach zählen zu Institutionen mit formalem Charakter neben den staatlich kodierten Eigentums- und Zugangsrechten auch gesetzgebende Parlamente, staatliche Administrationen oder repräsentative Räte, die gleichwohl auch als Akteure aufzufassen sind. Informelle Institutionen umfassen sowohl Interessengruppen, Ältesten- und Frauenräte als auch lokale Nutzungsregelungen oder gesellschaftliche Konventionen von Macht, Respekt, Vertrauen und Legitimität, die lokal sehr differenziert ausgebildet sein können. Institutionen strukturieren das gesellschaftliche Leben in Raum und Zeit. Gesellschaften entwickeln Institutionen, die ihr Zusammenleben erleichtern und möglichst optimieren, wobei die Aushandlung von Institutionen ein hoch politischer Prozess ist. In diesem Sinne regeln Institutionen auch die Nutzung von Land und Naturressourcen.

In dynamischen Phasen soziopolitischer Transformation, aber auch aufgrund von Bevölkerungswachstum oder technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen müssen Institutionen angepasst werden, wobei die aktive Umgestaltung von Institutionen vielfach entweder träge oder aber in einem Aushandlungsprozess erfolgt, bei dem Partikularinteressen häufig gegenüber dem Gemeinwohl

dienenden Interessen dominieren und es somit zu einem „institutionellen Mangel“ kommt. Die Folgen können illegale Landnahme, Aneignung von Ressourcen oder unregelmäßige Ressourcenausbeutung mit negativen Auswirkungen auf Umwelt und *Livelihoods* sein. Politische oder ökonomische Transformationen können auch eine Reduktion der institutionellen Resilienz nach sich ziehen, wobei hierunter die Fähigkeit der Institutionen zu verstehen ist, externe Spannungen und Belastungen zu bewältigen.

Für die vorliegende Studie ist die Berücksichtigung der im Laufe der Geschichte immer wieder veränderten *Property Rights*, der Eigentums- und Nutzungsrechte, unabdingbar. So betont BLOMLEY (2005:127) die Notwendigkeit für Geographen, „to take property seriously, exploring the effects of the dominant model within the world, as well as uncovering the much more interesting and complicated realities of property.“ Eigentums- und Nutzungsrechte manifestieren sich räumlich, sie schaffen Orte, strukturieren und gestalten Landschaften, determinieren Grenzen und legen fest, wer zu bestimmten Orten gehört und wer Grenzen überschreiten darf oder nicht. Institutionen sind somit kein neutraler Gestalter von Raum, sondern ein machtvolleres Mittel der Raumproduktion.

Dabei beschränkt sich die Analyse von Eigentums- und Nutzungsrechten nicht auf die Frage von Eigentum und Besitz, sondern auf ein Bündel von Rechten, die Rechte und Pflichten bei der Nutzung von Land und Naturressourcen definieren (BLOMLEY 1991). Hierzu gehören nach SCHLAGER & OSTROM (1992) a) das Recht auf Zugang (*access*), d.h. ein definiertes Gebiet zu betreten und es für Zwecke zu nutzen, die keine Ressourcenentnahme beinhalten (z.B. Erholung, Schutzfunktion); b) das Recht, Ressourcen oder Produkte eines Ressourcensystems zu entnehmen (*withdrawal*); c) das Recht, interne Nutzungsmuster zu regulieren und die Ressource zu verändern (*management*); d) das Recht festzulegen, wer Zugangs- und Entnahmerechte erhält, und wie diese Rechte übertragen werden können (*exclusion*); sowie e) das Recht, Zugangs-, Nutzungs- und Managementrechte zu veräußern (*alienation*).

*Property Regimes*¹ bzw. Eigentumsrechte an Land und Naturressourcen können ausgestaltet sein a) als *Open-Access (res nullius)*: das Nutzungsrecht an Ressourcen ist weder exklusiv noch übertragbar, es besteht freier Zugang für alle; b) als Staatseigentum (*res publica*): das Management erfolgt durch den Nationalstaat, die Nutzungs- und Zugangsrechte sind häufig nicht spezifiziert; c) als gemeinschaftliches oder Kommunaleigentum (Allmende) (*res communes*): die Nutzungsrechte werden von den Nutzergruppen kontrolliert; oder d) als Privateigentum: ein Individuum oder eine Körperschaft verfügt über das Recht, andere auszuschließen und die Nutzung der Ressource zu regulieren (BERKES 1989:10). Hierbei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die „westliche“ Sichtweise auf Eigentumsrechte dazu tendiert, Eigentum als ein Mittel der Ausbeutung und Nut-

1 DEKKER (2003:17) definiert *Property Regime* als „complex of rules, principles, and procedures that in a specific community or society regulate legitimate control over, access to, and conditions of use of the means of existence and of production (resources), as well as the acquisition and transfer of such resources“; vgl. auch FOREST (2000), BLOMLEY et al. (2001).

zung für private Zwecke zu sehen und weniger in seiner Funktion für die Etablierung gesellschaftlicher Sicherheit (DEKKER 2003:18).

Die Bedeutung von Zugangs-, Verfügungs-, Nutzungs- oder Eigentumsrechten stellen auch SEN (1981) und LEACH et al. (1999) in ihrem *Entitlement*-Ansatz heraus, in dem sie aufzeigen, wie Individuen und gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Zugangsrechten zu Naturressourcen ausgestattet sind und wie Institutionen auf verschiedenen Ebenen die Kontrolle über Ressourcen beeinflussen. Verfügungsrechte über und Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen gelten als maßgeblich für den Grad sozialer Verwundbarkeit gegenüber gesellschaftlichen, sozioökonomischen und ökologischen Veränderungen. Somit werden die spezifischen Muster von Ressourcenausstattung und -nutzung sowie die Regelungen des Zugangs zu Ressourcen zu zentralen Analysekatégorien.

1.2 FRAGESTELLUNG UND AUFBAU DER ARBEIT

Angesichts der zuvor formulierten Prämisse ist es evident und Teil der gestellten Aufgabe, den Wandel der Institutionen der Ressourcenmanagements sowie die tatsächliche Nutzung der Ressourcen im Zusammenhang mit den multiplen historischen Transformationen zu betrachten. Das Ziel der Analyse besteht darin, die lokalen Land- und Naturressourcen als Objekte unterschiedlicher Interessen zu begreifen und analytisch das sich im historischen Verlauf ändernde Feld der Akteure mit ihren divergierenden Interessen, Handlungsoptionen und -restriktionen sowie die sich wandelnden Institutionen herauszuarbeiten. Voraussetzung hierfür ist eine Analyse der jeweiligen politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen und deren Veränderung durch die genannten historischen Zäsuren. Dabei zählen zu den die Untersuchung konstituierenden Feldern etwa die staatliche Aneignung von Land und Naturressourcen, Sedentarisierung der kirgisischen Nomaden, Kollektivierung von Vieh, administrative Ordnungen und Reorganismierungen, Missbrauch politischer Positionen und Entscheidungskompetenzen, Entwicklung von Nutzungs- und Schutzkonzepten, Erosion staatlicher Sicherungssysteme sowie ökonomische Privatisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen. Für die im Untersuchungsgebiet lebende Bevölkerung erhält die in der Studie angesprochene Problematik besondere Relevanz vor dem Hintergrund der Prozesse von politischer Umstrukturierung, ökonomischem Niedergang und gesellschaftlicher Verunsicherung, die mit der Auflösung der UdSSR verbundenen waren. Hierdurch ergibt sich die Notwendigkeit der Neuausrichtung individueller Überlebensstrategien, in denen den lokalen Land- und Naturressourcen eine neue Bedeutung zukommt. Hinzu treten auch auf die lokale Ebene ausstrahlende Prozesse einer sich beschleunigenden Globalisierung sowie einer gesellschaftlichen Fragmentierung aufgrund zunehmender Individualisierung, sozioökonomischer Stratifizierung und ethnischer Rivalitäten.

Ein Ziel der Analyse ist es zu verstehen, wie sich durch reziproke Interdependenzen von politischen, ökonomischen, soziokulturellen und ökologischen Strukturen und Entwicklungen spezifische Regime des Land- und Naturressourcenma-

nagements ausbilden. Am Beispiel des Gebiets der Walnuss-Wildobstwälder Kirgistans sollen das Netz der beteiligten Akteure und deren Interessen, die regulierenden Institutionen sowie die tatsächlichen Management- und Nutzungspraxen in diachroner Weise dargestellt werden (vgl. Abb. 1.2).

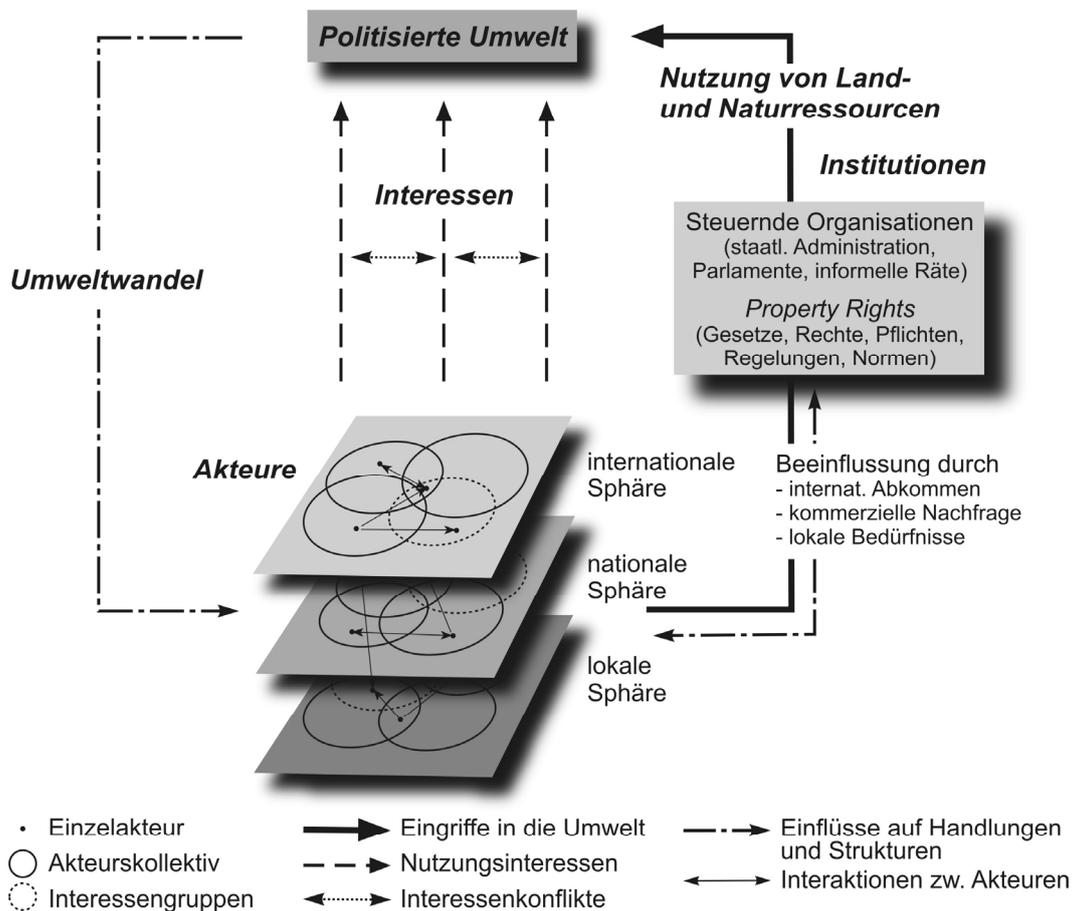


Abb. 1.2 Politisch-ökologisches Analyseschema

Hierbei ergeben sich folgende, die Analyse leitende Forschungsfragen:

- Welche Institutionen (Besitz-, Zugangsrechte, Kontrollinstanzen etc.) regeln die Nutzung von Land und Naturressourcen im Gebiet der Walnuss-Wildobstwälder Kirgistans?
- Wie sind die Institutionen definiert und verhandelt? Stehen staatliche und autochthone Institutionen in einem Komplementär- oder Konkurrenzverhältnis?
- Treten nach politischen Umbrüchen institutionelle Mangelsituationen ein?
- Welche Akteure sind am Management der Land- und Naturressourcen in den entsprechenden historischen Phasen involviert und welche Handlungsoptionen bieten sich ihnen?

- Welche politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökologischen Interessen an Land- und Naturressourcen bestehen und werden von den unterschiedlichen Akteuren artikuliert?
- Welche Funktionen kommen Land- und Naturressourcen unter dem jeweils herrschenden politischen System zu?
- Welche Narrative bestimmen den Umgang mit Umwelt zur jeweiligen Herrschaftsperiode?
- Inwiefern treten Verfügungs- und Verteilungskämpfe zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen auf und welche Akteure können sich hierbei durchsetzen?
- Wie haben sich Management und Nutzung der Land- und Naturressourcen verändert?
- Welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen und Strukturen liegen den jeweiligen Strategien des Ressourcenmanagements zugrunde?
- Inwieweit wurden und werden lokale Nutzungsmuster von internationaler, nationaler oder regionaler Seite beeinflusst?
- Welche *Livelihood*-Strategien verfolgt gegenwärtig die lokale Bevölkerung?

Die zentralen Hypothesen der Arbeit lauten wie folgt:

- Politische Herrschaftsverhältnisse und Wirtschaftssysteme bestimmen maßgeblich Management und Nutzung lokaler Land- und Naturressourcen; in Phasen politischer Umbrüche treten institutionelle Mangelsituationen auf.
- Gegenwärtige Muster des Ressourcenmanagements sind sowohl kolonial als auch sozialistisch geprägt und beeinflusst von globaler Nachfrage und westlich dominierten Vorstellungen von Natur und Umwelt.
- Für die Mehrheit der Menschen in der Peripherie Kirgistans sind gegenwärtige post-sowjetische Transformationsprozesse mit Verarmung und Marginalisierung verbunden.
- Lokalen Ressourcen kommt heute für die Sicherung des Lebensunterhalts eine größere Bedeutung zu, was eine verstärkte Degradation der Naturressourcen zur Folge hat.

Die vorliegende Studie gliedert sich in sechs Kapitel. Das erste Kapitel dient der Einführung und Hinführung zur Thematik, in der die Problem- und Fragestellungen skizziert werden. Im zweiten Kapitel werden die theoretischen Hintergründe beleuchtet und Bausteine für eine *Postsozialistische Politische Ökologie* zusammengetragen. Dabei erscheint es notwendig, einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung und Charakteristika der Politischen Ökologie und der ihr vorausgegangenen und als konstituierend anzusehenden Strömungen der Mensch-Umwelt-Forschung zu liefern ehe die Besonderheiten des postsozialistischen Raumes dargestellt und die hieraus abzuleitenden Anforderungen an eine Politische Ökologie im postsozialistischen Raum aufgezeigt werden. Nachfolgend werden Konzept und Kennzeichen des dominierenden Transformationsparadigmas ausführlich erörtert und anschließend dekonstruiert, um die Begrenztheit dieses Paradigmas aufzuzeigen. Die vorsowjetische koloniale Vergangenheit Mittelasiens sowie unverkennbare koloniale Elemente des Sowjetsystems lassen es not-

wendig erscheinen, einen Blick auf die Postkolonialismusforschung zu werfen und Ideen für geographische Studien im postkolonial-postsozialistischen Mittelasien zu entlehnen.

Das Mensch-Umwelt-Verhältnis in Mittelasien steht im Zentrum der folgenden drei Hauptkapitel, die chronologisch die historischen Phasen vom Khanat von Kokand über den russisch-zaristischen Kolonialismus und den über sieben Dekaden währenden sowjetischen Sozialismus bis zum gegenwärtigen Postsozialismus thematisieren. Zum Verständnis der jeweiligen politisch-sozio-ökonomischen Regimes werden historisch bedeutende Ereignisse angesprochen ehe die für das Mensch-Umwelt-Verhältnis prägenden institutionellen Rahmungen und der Umgang mit Land- und Naturressourcen analysiert werden. In Anbetracht der Quellenlage beziehen sich die Ausführungen zu den beiden älteren Phasen auf eine größere räumliche Maßstabsebene, weil Daten und Informationen zum eigentlichen Untersuchungsgebiet der Nusswälder des südwestlichen Tien Schan aus dieser Zeit kaum erschlossen werden konnten. In den beiden jüngeren historischen Phasen liefert dagegen ein detailliertes Bild des besonderen Falls Grundlage für Verallgemeinerungen zum Verständnis von Sozialismus und Postsozialismus in Mittelasien. Zusätzlich zu den Analysen von Institutionen, Akteuren und Interessen an den diversen Forstressourcen bilden die gegenwärtigen Lebenssicherungsstrategien der lokalen Bevölkerung einen Schwerpunkt dieser Erörterungen. Das Fazit greift die eingangs aufgestellten Hypothesen auf und bewertet den gewählten Analyserahmen.